Unabhängige Information für mündige Bürger. Bitte weiterverbreiten!

JA ZUR NEUTRALITÄT

nur möglich bei

AUSTRITT aus der EU

FRIEDEN MIT RUSSLAND!

www.heimat-und-umwelt.at

USA/NATO/EU seit Jahrzehnten auf Konfrontationskurs gegen Rußland

Viele Jahre hindurch versuchte die russische Staatsführung, zu einer freundschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Westen beizutragen. Alle einschlägigen Angebote wurden aber zurückgewiesen.

Lord Hastings, der erste Generalsekretär der NATO, sagte bereits 1952: „Die NATO wurde geschaffen, um die Russen draußen, die Amerikaner drin und die Deutschen unten zu halten." Und darum geht es auch jetzt.

Bei den Verhandlungen zur deutschen Wiedervereinigung 1990 wurde der russischen Seite zugesichert, daß die NATO sich „keinen Zentimeter nach Osten" bewegen würde. Im Gegenzug sollte Rußland sich nicht nach Westen ausdehnen. Rußland hat sich daran gehalten, der Westen = USA/NATO/EU **nicht**. Heute ist Rußland eingekesselt durch über 14 NATO-Stützpunkte rund um die Süd-, West- und Nordgrenzen Rußlands und es sollen noch weitere NATO-Stützpunkte dazu kommen. Seit Jahrzehnten betreiben die USA und ihre Verbündeten die Errichtung einer Weltherrschaft und haben seit 1945 **hunderte(!) Angriffskriege** mit Millionen von Toten unter dem Vorwand von Demokratie geführt mit dem Ziel, die bestehenden nationalen Regierungen zu stürzen und USA-gefügige zu installieren, von Vietnam bis Syrien, vom Irak bis Libyen usw.usw. Jetzt eben in der Ukraine, das flächenmäßig größte Land Europas, fast doppelt (genau 1,7 mal) so groß wie Deutschland.

Wer Frieden in Europa will, muß sich vor allem um einen Frieden mit Rußland bemühen. Die EU macht im Sog der USA und der NATO seit Jahrzehnten das Gegenteil. Anstatt sich aus dieser völlig einseitigen und gefährlichen Politik herauszuhalten, was die Pflicht eines „immerwährend neutralen Staates" ist, gießt auch die österreichische Regierung Öl ins Feuer und verletzt damit in eklatanter Weise die Neutralität. Österreich wurde daher zurecht von der russischen Föderation (so der offizielle Staatsname) vor kurzem zum „unfreundlichen Staat" erklärt, was gravierende Folgen nach sich ziehen kann, nicht nur bei der Energieversorgung.

Eine wirkliche Neutralitätspolitik kann man nur außerhalb der EU leben. Das war von Anfang an klar, wurde den Bürgern aber nie mitgeteilt, bis heute nicht. Deshalb war die „Initiative Heimat & Umwelt" auch von Anfang an gegen den Beitritt Österreichs zur EU und organisierte im Juni 2015 das EU-Austritts-Volksbegehren, das von über 261.000 Mitbürgern unter damals viel schwierigeren Beteiligungsbedingungen als heute unterzeichnet wurde. Fast alle EU-Staaten sind gleichzeitig NATO-Mitglieder....

Wir Österreicher wollen Frieden halten mit allen Kräften in der Welt und Wege des Ausgleichs und der Verständigung suchen, um als neutrales Land auch Vermittlungsdienste anbieten zu können. Die unheilvolle Politik der **Sanktionen (= Wirtschaftskrieg)** durch USA/NATO/EU erfolgt **nicht** im Auftrag von uns Bürgern und hat demnach keinerlei demokratische Legitimierung! Sie schadet in erster Linie uns selbst.

Vieles in der derzeitigen Darstellung des Ukraine-Konflikts durch die westlichen Massenmedien ist völlig einseitig und muß als Propaganda statt Information eingestuft werden. Von dem von der EU angedrohten **Importverbot von russischem Öl und Gas**, von Düngemitteln u.v.a wichtigen Rohstoffen wird ein sehr hoher Prozentsatz aller Österreicher betroffen sein. Die Gasversorgung Österreichs wird zu 80 % aus Rußland geliefert - und das verläßlich seit über 50 Jahren zu Preisen, die weit unter denen anderer Anbieter liegen. Diese Lieferungen werden auf viele Jahre hinaus nicht zu ersetzen sein!

Deshalb sollen auch wir Bürger darüber nachdenken und uns aus möglichst vielen alternativen Kanälen ein Bild darüber machen, wie es zur jetzigen Lage kam und welche **Friedensfördernden anstatt -gefährdenden Maßnahmen** wir von der österreichischen Staatsführung zurecht erwarten und verlangen können.

Anstatt immer umfangreichere Waffenlieferungen an die Ukraine vorzunehmen, sollte die westliche „Wertegemeinschaft" die Ukraine zur ernsthaften Fortsetzung von **Verhandlungen** mit Rußland auffordern.

Empfehlenswerte Links zu laufenden Alternativ-Berichten zum Ukraine-Konflikt:

www.anderweltonline.com, www.anti-spiegel.ru

www.heimat-und-umwelt.at Tel. 0664/4893797 eMail: ihu@a1.net

Bitte wenden!

Wie kam es zur jetzigen Lage?

Zur jetzigen Lage in der Ukraine wäre es nie gekommen, wäre die ukrainische Staatsführung in Verhandlungen mit der russischen Staatsführung auf deren **Friedensvorschläge** eingegangen. Diese lauten: Keine Stationierung von Atomwaffen an den Grenzen zu Rußland wie von der Ukraine vorgesehen, **Neutralität statt NATO-Beitritt der Ukraine**, Anerkennung der durch eine Volksabstimmung mit großer Mehrheit legitimierten Eingliederung der Krim in die russische Föderation.

Die ukrainische Staatsführung hat sich schon lange für das Gegenteil entschieden und führt seit acht Jahren einen blutigen Krieg gegen die mehrheitlich von Russen bewohnten Gebiete in der Ostukraine. Dieser forderte rund **14.000 Todesopfer**, darunter viele Kinder, eine große Zahl von Verletzten, zerstörte Infrastruktur.

Seit der durch einen illegalen, von den USA unterstützten und herbeigeführten Putsch an die Macht gekommenen Regierung wurde russisch als Amtssprache verboten, obwohl rund 40 % aller Ukrainer russischer Abstammung sind, werden Renten (!) und andere Sozialleistungen nicht mehr ausbezahlt, und wird immer wieder in Siedlungsgebiete in der Ostukraine hineingeschossen. Dieser Krieg wurde und wird von westlichen Medien nicht kritisiert - im Gegenteil. Er wurde und wird mit Billigung und Finanzierung von USA/NATO/EU geführt.

Mehrere Biowaffen-Labors in der Ukraine von den USA bestätigt!

Das ist **einer** der schwerwiegenden Gründe für die jetzige Lage. Ein Umstand, der von allen, weitgehend gleichgeschalteten „Westmedien“ völlig verschwiegen wird. Damit machen sich diese zu Komplizen der Entwicklung von menschenverachtenden Technologien. Ebenso wie in bezug auf zahlreiche, inzwischen bekannt gewordene Folterungen russischer Kriegsgefangener durch die Ukraine. Rußland hat darüber belegte Berichte an offizielle internationale Stellen geschickt.

Insgesamt hat die Politik des Westens zunehmend zu einer Lage geführt, die von Rußland als **existenzbedrohend** eingestuft wird. Dies wurde dem Westen auch immer wieder von der russischen Staatsführung mitgeteilt.

Flüchtlingsbewegung hinterfragen

Die gleichen Kräfte, die uns die medizinisch völlig ungerechtfertigten Corona-Maßnahmen aufzwingen, reißen sich jetzt in aufwendigen Medien-Kampagnen geradezu darum, möglichst viele Menschen aus der Ukraine nach Österreich zu holen - mit Bussen, Zügen und sogar Flugzeugen. Das entspricht genau dem langjährigen EU-Programm des Bevölkerungsaustausches.

Es sprechen viele Anzeichen dafür, daß viele der Horrormeldungen, die als Fluchtgründe angeführt werden, von der ukrainischen Armee selbst verursacht werden, die seit Jahren von den USA aufgerüstet und finanziert wird. Sie benutzt die Zivilbevölkerung als menschliche „Schutzschilde“, was als Kriegsverbrechen gilt.

Was kann Österreich tun?

Das Verhalten der österreichischen Regierung und des Bundespräsidenten in der Ukraine-Krise ist völlig unverantwortlich gegenüber der österreichischen Bevölkerung. Dadurch wurde Österreich von der russischen Staatsführung zum „unfreundlichen Land“ erklärt. Das kann in der Zukunft schwerwiegende Folgen haben! Gerade in der jetzigen Lage ist die strikte Beachtung der in der Bundesverfassung ausdrücklich als immerwährend erklärten NEUTRALITÄT das Gebot der Stunde. Im Bundesverfassungsgesetz zur Neutralität heißt es ausdrücklich, daß Österreich „die Neutralität mit **allen** zu Gebote stehenden Mitteln verteidigen wird“.

Die Behauptung des derzeitigen Bundeskanzlers, daß Österreich sich nur zu einer militärischen Neutralität verpflichtet hätte, ist einfach falsch und gefährlich für die Sicherheit Österreichs. Außerdem sind wir auch militärisch schon lange nicht mehr neutral, da in den letzten Jahren im Sog der EU zahlreiche offizielle Schritte in Richtung NATO getätigt wurden und immer wieder auch NATO-Transporte durch Österreich zugelassen wurden.

Damit läuft Österreich Gefahr, zum Front-Staat zu werden. Es möge sich jeder überlegen, was das im Ernstfall bedeuten würde!

Friedens-fördernde Maßnahmen beschließen und durchführen!

- **keine Parteinahme für Konfliktparteien durch offizielle Vertreter der Republik Österreich**
- **Keine Beteiligung Österreichs an Sanktionen = Wirtschaftskrieg gegenüber welchen Staaten auch immer**
- **Keine NATO-Kriegsmaterial-Transporte wie Waffen, Panzer etc. durch Österreich**
- **Keinerlei Unterstützung jedweder, auch finanzieller Art für Konfliktparteien**
- **strikte Einhaltung der verfassungsgemäßen NEUTRALITÄT**
- **Volksabstimmung über den Austritt Österreichs aus der EU**

Dieses Info-Blatt wurde von der unabhängigen **„Initiative Heimat & Umwelt“ IHU** aus eigenem Antrieb und auf eigene Kosten erstellt. Wer bei unseren ehrenamtlichen Aktionen **mithelfen** oder einfach näher mit uns in Kontakt treten möchte, ist herzlich eingeladen dazu.

Inge RAUSCHER, IHU-Obfrau

Impressum/Für den Inhalt verantwortlich: Initiative Heimat & Umwelt, Hagengasse 5, 3424 Zeiselmauer